



„Besondere Ehrung Putins unangebracht.“

Professoren und Professorinnen der Universität Hamburg protestieren gegen die Verleihung der Ehrendoktorwürde an den russischen Präsidenten Putin

Michael Greven

67 Professoren hatten sich bis Mitte August in einer Petition gegen die Ehrung Putins ausgesprochen. Initiiert hatte die Aktion der Dekan des Uni-Fachbereichs Sozialwissenschaften, Michael Greven.

In einer Internet-Umfrage sprachen sich auch 55 Prozent der Studenten des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaften gegen die Würdigung des russischen Präsidenten aus. Lediglich 19 Prozent von 1.387 Studenten befürworteten demnach die Ehrung.

Russlands Präsident Wladimir Putin wird vorerst kein Ehrendoktor der Universität Hamburg. Die Hochschule sagte die für den 10. September geplante Verleihung der Ehrung aus Termingründen ab. „Die in solchen Fällen notwendigen Vorbereitungen können bis zu diesem Termin nicht mehr abgeschlossen werden“, teilte die Universität am Dienstagmittag mit.

Nach Angaben der Universität hat die Absage nichts mit der Kritik an dem Vorhaben zu tun. Einen Ersatztermin für die Verleihung gebe es noch nicht.

Der Fachbereich Wirtschaftswissenschaften der Universität Hamburg hat beschlossen, dem russischen Präsidenten V. Putin im September in einer feierlichen Zeremonie im Rahmen des „deutsch-russischen zivilgesellschaftlichen Dialogs“ die Ehrendoktorwürde zu verleihen.

Die Verleihung dieser akademischen Ehrendoktorwürde setzt nach der Promotionsordnung herausragende wissenschaftliche Leistungen voraus. Mit solchen ist der als Jurist ausgebildete derzeitige Präsident Russlands weder vor noch während seiner Amtszeit hervorgetreten.

Aber selbst wenn man im Rahmen des allerorts Üblichen bei der Ehrung von aktiven Politikern von einer strengen Handhabung des Wortlauts der Promotionsordnung absehen möchte, halten die Unterzeichnenden diese besondere Ehrung im Fall von Präsident Putin für unangebracht.

Gerade die nicht auf eine besondere wissenschaftliche Leistung abzielende akademische Ehrung kann angemessen nur die ganzheitliche Gesamtwürdigung der Aktivitäten und Wirkungen einer Persönlichkeit zum Ausdruck bringen und legt an die auszeichnende Persönlichkeit besonders hohe Maßstäbe an.

Für eine solche Würdigung des jetzigen russischen Präsidenten besteht deshalb kein Anlaß, weil er den entsprechenden Maßstäben nicht genügt.

Unter seiner Führung und Verantwortung bleibt Russland fortlaufend in einen in völkerrechtswidriger Weise geführten Krieg in Tschetschenien verwickelt, der täglich Opfer fordert und nicht geeignet ist, zur regionalen Stabilisierung beizutragen.

Unter seiner Führung und Verantwortung nimmt die junge russische Demokratie nach einhelligem Urteil von Experten zunehmend autoritäre Züge an und ist dabei, in einem schleichenden Regimewechsel sich immer mehr einem plebiszitär nur scheinbar legitimierte persönlichen Regiment des Präsi-

denten anzuverwandeln.

Unübersehbare Indizien dafür sind u.a.

- die auch von internationalen Menschenrechtsorganisationen, dem Europarat und Gremien des Europäischen Parlaments offen kritisierten Einschränkungen und Behinderungen von oppositionellen Parteien und Kandidaturen bei den zurückliegenden Präsidenten- wie Parlamentswahlen;
- die weithin beobachtbare Schikanie und offene Verfolgung von unabhängigen zivilgesellschaftlichen Organisationen und Institutionen, in- wie ausländischen Stiftungen, Menschenrechtsorganisationen und Vereinen mit administrativen und justiziellen Mitteln, die dadurch in ihren verfassungsmäßigen Entfaltungsmöglichkeiten behindert werden;
- die Art und Weise, wie erkennbar direkt aus dem Präsidentenbüro gesteuert die Entwicklung einer vielfältigen und unabhängigen Medienlandschaft unterdrückt

und vor allem im Fernsehen zugunsten eines staats- und präsidentenfrommen antipluralistischen Programms behindert wird - beispielhaft erkennbar in der Verstaatlichung des letzten noch übrig geblieben Privatsenders NTW;

- die Instrumentalisierung und damit Unterhöhnung der Unabhängigkeit der Justiz bei der Verfolgung oppositioneller oder einfach den Interessen der Staatsführung entgegenstehender Personen und Organisationen - wie sie sich zuletzt in der Yukos-Affaire gezeigt haben.

Die unterzeichnenden Professoren und Professorinnen der Universität Hamburg finden es angesichts dieser Umstände besonders makaber, daß die akademische Würdigung ausgerechnet im Rahmen der Veranstaltung eines „deutsch-russischen zivilgesellschaftlichen Dialogs“ vorgesehen ist. Angesichts der Unabwendbarkeit des Ereignisses selbst erwarten sie zumindest, daß in diesem „Dialog“ über die tatsächliche Situation der Zivilgesellschaft nach wissenschaftlichen Maßstäben diskutiert und geurteilt werden kann.



Proteste tschetschenischer Flüchtlinge in Inguschetien (amnesty/magnum)

Michael Greven ist Dekan des Fachbereichs Sozialwissenschaften der Universität Hamburg.